

19

Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 10 g. Abendblatt 40 g. Kolumnen
250 Abendsbl. 43 - 45% Feuerungsanstalt.
Stollengasse 17. Teufel- und zuecht Familien-
anzug-sonfortari. Platz- u. Daten vor- u. ohne
Verbindlich - Anzeigenschein an Geschäftsstelle
Frankfurt a. M. 1. Schenkenstr. 23/25. Schiller-
str. 11. Alar. Schillerstr. 3. Berlin. Mauorstr. 16/18.
Dresdn. L. Watschenstr. 25. München. Fernstr. 2.
Ostsch. Bismarckstr. 34. Stuttgart. Poststr. 7. Frankfurt
Nordstr. 12. Unsere Agenturen n. d. Ann. Exped.
Vorlag und Druck der Frankfurter Societäts-
Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4438.

„Bethmann - Wilson“.

Man schreibt uns von einer Herrn von Bethmann Hollweg
nahestehenden Seite:

Das Ersuchen der deutschen Regierung an Wilson, einen
Waffenstillstand und Friedensverhandlungen herbeizuführen,
hat Anlaß gegeben, die früheren Friedensbe-
mühungen Wilsons und deren wirkliche oder ange-
dachte Durchkreuzung durch die Erklärung des uneingeschränkten
U-Bootkrieges einer neuen Erörterung zu unterziehen.
Professor v. Schulze - Gaevernitz hat in einem Ar-
tikel der „Vossischen Zeitung“ die Diskussion eröffnet; Georg
Bernhard hat im gleichen Blatt mehrere Artikel folgen
lassen und auch die „Münchener Post“ und andere Blätter
haben sich mit dem Gegenstand beschäftigt. Dabei stellte sich
für den mit den damaligen Vorgängen Vertrauten heraus,
daß manches, was sogar öffentlich bekannt ist, in diesen Er-
örterungen gar nicht oder nicht richtig behandelt wird. Für
Personen, die nicht nur das öffentlich Bekannte im Gedächtnis
haben, sondern auch einiges von den amtlichen Vorgängen
und von dem wissen, was im Ausschuß des Reichstages
seinerzeit vertraulich mitgeteilt worden ist, ist es nicht schwer,
an der Hand von größtenteils leicht kontrollierbaren Daten
den tatsächlichen Hergang kurz darzustellen und da-
mit die bisher gegebenen Schilderungen in einigen für die
Beurteilung wichtigen Punkten zu ergänzen und zu be-
richtigen.

Prof. v. Schulze-Gaevernitz glaubt — es ist nicht ersicht-
lich, auf Grund welcher Anhaltspunkte — daß die Reichs-
regierung bei der Einschränkung des U-Boot-
krieges aus Anlaß des „Sussex“-Falles im Frühjahr
1916 von der ausdrücklichen Voraussetzung ausgegangen sei,
daß die Vereinigten Staaten sich um den Frieden bemühen
würden und daß Wilson bereitwillig auf diesen Vorstoß
eingegangen sei, jedoch erklärt habe, einige Zeit zu brauchen,
bis die öffentliche Meinung sich beruhigt habe. Die Note, die
am Anfang Mai 1916 dem Präsidenten Wilson die Einschrän-
kung des U-Bootkrieges mitgeteilt wurde, enthielt keine der-
artige Voraussetzung, sie sprach lediglich die Erwartung aus,
daß Wilson nunmehr auch bei der großbritannischen Regie-
rung mit allem Nachdruck die Beobachtung der vor dem
Krieg allgemein anerkannten völkerrechtlichen Normen der
Seekriegführung durchsetzen werde, eine Erwartung, die be-
kanntlich nicht erfüllt wurde. Wohl aber glaube ich nicht darin
zu irren, daß von amerikanischer Seite bei den deutschen Regie-
rungen wiederholt angedeutet war, der U-Bootkrieg, wie er
damals geführt wurde, sei ein Hindernis, das dem Präsi-
denten Wilson die Möglichkeit beschränke, sich seinem Wunsch
entsprechend für die baldige Wiederherstellung des Friedens
einzusetzen.

Die erste Sondierung von deutscher Seite,
ob Wilson als Friedensvermittler in Betracht komme, liegt
erheblich später, wohl anfangs Dezember 1916. Graf Bern-
storff sprach sich damals in dem Sinne aus, daß vor der an-
fangs November stattfindenden Präsidentenwahl von Wilson
nichts zu erwarten sei. Werde er wiedergewählt, dann werde
er wohl geneigt sein, die Friedensvermittlung in die Hand
zu nehmen. Wilson durfte natürlich nicht die einzige Karte in
dem diplomatischen Spiel der deutschen Regierung sein, er
mußte offenbar auf Monate hinaus nicht auf ihn zu rechnen war.
Unabhängig von Wilson suchte deshalb die deutsche Regie-
rung nach anderen Möglichkeiten, zu Friedensverhand-
lungen zu kommen. Die günstige Entwicklung des rumäni-
schen Feldzuges — gegen Ende Oktober fielen Constanza und
Czernowoda — schien eine gute Gelegenheit zu schaffen.
Dazu kam eine Rede Grens, der neben einem neuen Vor-
schub, uns die Schuld am Kriegsausbruch zuzuschreiben, sich
über Völkerbund und Schiedsgerichte in einer Weise aus-
sprach, die Anknüpfungsmöglichkeiten zu bieten schien. Es
geht aus einem später von Herrn v. Bethmann bekannt-
gegebenen eigenhändigen Schreiben des Reichers hervor, daß
die Anfänge des Friedensschrittes der Zentralmächte vom
12. Dezember in jene Zeit zurückreichen Verhandlungen
mit unseren Verbündeten über Inhalt und Form des etwa zu
unternehmenden Schrittes wurden damals eingeleitet. Ger-
ard antwortete Bethmann im Hauptauschuß des Reichstages
am 9. November auf Grens Red. und erklärte die
prinzipielle Zustimmung zu Völkerbund und Schiedsgericht
offenbar in der Absicht, den Boden vorzubereiten.

Am 6. November wurde Wilson wiedergewählt. Gleich-
wohl aberte er auch jetzt noch mit einem Schritt zu Gunsten
des Friedens. Am 6. Dezember fiel Bukarest. Der rumäni-
sche Feldzug war jetzt so gut wie beendet und damit war über-
mals eine Phase des Weltkrieges in einer Weise abgeschlossen,
die alle Kriegführenden zur Selbstbesinnung mahnen mußte.
In dieser Lage traten am 12. Dezember die Mittelmächte mit
ihrer Aufforderung zu Verhandlungen über einen Frieden her-
vor, „der Daseins- und Entwicklungsmöglichkeiten aller am
Kriege beteiligten Völker“ wahren sollte. Der Schritt
war mit Wilson im Gegensatz zu der Be-
hauptung Bernhards in keiner Weise verein-
bar. Auf der anderen Seite hatte Wilson keinen Anlaß,
sich verletzt zu fühlen, weil die Mittelmächte in ihrem Ver-
stehen, möglichst bald zum Frieden zu kommen, nicht aus-
schließt auf eine immer noch ungewisse und trotz gelegent-
lichen Anstossens (nicht Drängens) ungewiß gebliebene ame-
ricanische Demarche warteten, sondern in dem ihnen geeignet
erscheinenden Augenblicke selbständig vorgingen.

Die Minister der Ententestaaten antworteten auf unser
Friedensangebot alsbald in Parlamentsreden, die auf eine
glatte Ablehnung herauskamen, vor allem Lloyd George in
einer Rede vom 18. Dezember. Nunmehr griff Wilson mit
einer Note vom 21. Dezember an alle kriegführenden Länder
ein, in der er anregte, „daß baldigst Gelegenheit genommen
werde, von allen kriegführenden Staaten ihre Ansichten über
die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Ab-
schluß gebracht werden könnte“. Die Note fügte hinzu, daß
dem Präsidenten die Wahl der zur Erreichung dieses Ziels
geeigneten Mittel gleich sei. Sehr prompt, bereits am 26. De-
zember, beantwortete die deutsche Regierung die amerikanische
Note und zwar im Prinzip zustimmend mit dem Hinzufügen,
daß ein unmittelbarer Gedankenaustausch ihr als der geeig-
nete Weg erscheine, zu dem erstrebten Ziel zu gelangen, und
daß sie zu diesem Zweck den alsbaldigen Zusammentritt von
Delegierten der Kriegführenden an einem neutralen Ort vor-
schlage. Die Ententeregierungen ließen sich mit ihrer Ant-
wort auf Wilsons Note Zeit. Dagegen erstellten sie in einer
gemeinschaftlichen Note zu Händen des amerikanischen Bot-
schafers in Paris am 30. Dezember ihre offizielle Antwort auf
den Friedensvorschlag der Zentralmächte, der als „Vorschlag
ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung“ glatt und höhnisch
abgelehnt wurde. Materiell war damit auch die Wilsonsche
Friedensanregung gescheitert. So war die Lage, als am 6.
Januar 1917 in Berlin das viel besprochene Festmahl der
amerikanischen Handelskammer zu Ehren des gerade aus Ame-
rika zurückgekehrten Botschafters Gerard stattfand. Gerard
hatte aus Amerika nichts Positives im Sinne des Friedens
mitgebracht, aber er bezeichnete bei dem erwähnten Mahl die
Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika als „so gut
wie sie noch niemals gewesen“ seien.

Wenn Bernherd behauptet, man habe Gerard damals solche
Worte sprechen lassen, obwohl der uneingeschränkte U-Boot-
krieg damals schon beschlossen gewesen sei, so ist das unzu-
treffend. Der U-Bootkrieg war damals noch nicht be-
schlossen und die Rede Gerards, die offensichtlich aus dem
Stegreif gehalten wurde, war vorher den deutschen Vertretern
nicht bekannt. Ebenso unzutreffend ist die Behauptung, die
Reichsregierung habe Wilson dauernd um Friedensvermitt-
lung gebeten und habe ihm dann, als er ihrer Bitte nachge-

18. 1918. 2